

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

„Bürgershof“ - Waldmüllerstr. 4-5, 14482 Potsdam

I. Geltungsbereich

1. Diese Geschäftsbedingungen gelten für Verträge über die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, sowie für alle damit zusammenhängenden weiteren Leistungen und Lieferungen des Bürgershofs.
3. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers finden nur Anwendung, wenn dies zwischen dem Bürgershof und dem Besteller vorher schriftlich vereinbart wurde.

II. Vertragsabschluß, Vertragspartner

1. Der Vertrag kommt durch die rechtsverbindliche Unterzeichnung des Vertrages seitens des Bürgershofs und des Bestellers zustande. Dieser wird dadurch zum Vertragspartner. Will der Besteller nicht selbst der Vertragspartner sein, sondern soll dies beispielsweise ein mit dem Besteller nicht identischer Veranstalter sein, in dessen Namen der Besteller den Vertrag abschließt, so hat der Besteller bereits bei der Reservierung darauf besonders hinzuweisen und dem Bürgershof Namen und Anschrift des tatsächlichen Vertragspartners mitzuteilen.
2. Schließt der Besteller, der nicht zugleich Veranstalter ist, den Vertrag mit dem Bürgershof erkennbar für einen Veranstalter oder hat der Veranstalter für die vertragliche Abwicklung einen gewerblichen Vermittler oder Organisator beauftragt, so haften Besteller, Vermittler oder Organisator gesamtschuldnerisch mit dem Veranstalter für alle Verpflichtungen aus dem Vertrag, soweit dem Bürgershof eine entsprechende Erklärung des Bestellers, Vermittlers oder Organisators vorliegt.

III. Leistungen, Preise, Zahlungen

1. Der Bürgershof ist verpflichtet die vom Vertragspartner bestellten und vom Bürgershof zugesagten Sach- und Dienstleistungen zu erbringen.
2. Der Vertragspartner ist verpflichtet, die für diese Leistungen vereinbarten Preise dem Bürgershof zu zahlen. Dies gilt auch für in Verbindung mit der Veranstaltung stehenden Leistungen und Auslagen des Bürgershofs an Dritte, soweit die Auslagen und Leistungen vertraglich vereinbart oder von dem Vertragspartner genehmigt wurden.
3. Überschreitet der Zeitraum zwischen Vertragsabschluß und Vertragserfüllung vier Monate und erhöht sich der vom Bürgershof allgemein für derartige Leistungen berechnete Preis, so kann diese den vertraglich vereinbarten Preis angemessen, maximal jedoch um 10 % anheben.
4. Rechnungen des Bürgershofs sind sofort nach Erhalt und ohne Abzug zahlbar. Bei Zahlungsverzug ist der Bürgershof berechtigt, Zinsen in Höhe von 4 % über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu berechnen. Dem Vertragspartner bleibt der Nachweis eines niedrigeren, dem Bürgershof der eines höheren Schadens vorbehalten. Für jede Mahnung nach Verzugseintritt wird eine Mahngebühr von 6,00 € erhoben.
5. Der Bürgershof ist berechtigt, jederzeit eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen. Die Höhe der Vorauszahlung und die Zahlungstermine können im Vertrag schriftlich vereinbart werden.
6. Der Vertragspartner kann nur mit einer unstreitigen oder rechtskräftigen Forderung gegenüber einer Forderung des Bürgershofs aufrechnen oder mindern.

IV. Rücktritt des Bürgershofs

1. Wird eine vereinbarte Vorauszahlung auch nach Verstreichen einer vom Bürgershof gesetzten angemessenen Nachfrist mit Ablehnungsandrohung nicht geleistet, so ist der Bürgershof zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt.
2. Ferner ist der Bürgershof berechtigt, aus sachlich gerechtfertigtem Grund vom Vertrag zurückzutreten, beispielsweise falls:
höhere Gewalt oder andere, außerhalb des Einflusses des Bürgershofs, liegende Umstände die Erfüllung des Vertrages unmöglich machen;
Veranstaltungen unter irreführender oder falscher Angabe wesentlicher Tatsachen, z.B. des Veranstalters oder Zwecks, gebucht werden;
der Bürgershof begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass die Veranstaltung die Sicherheit oder das Ansehen des Unternehmens in der Öffentlichkeit gefährden kann.
3. Der Bürgershof hat den Vertragspartner von der Ausübung des Rücktrittrechts unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen.
4. Bei berechtigtem Rücktritt des Bürgershofs hat der Vertragspartner keinen Anspruch auf Schadensersatz.

V. Rücktritt des Vertragspartners, Stornokosten, Rücktrittspauschale

1. Der Vertragspartner hat jederzeit das Recht, vom Vertrag zurückzutreten. Soweit keine weiteren schriftlichen Vereinbarungen zwischen Vertragspartner und dem Bürgershof getroffen wurden, hat der Bürgershof, außer in den Fällen des Leistungsverzugs des Bürgershofs der einer durch diese zu vertretende Unmöglichkeit der Leistungserbringung, Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.
Der Bürgershof hat die Wahl, gegenüber dem Vertragspartner statt einer konkret berechneten Entschädigung eine Rücktrittspauschale geltend zu machen. Die Rücktrittspauschale beträgt bei einem Rücktritt ab 2 Monate vor Veranstaltung 50 % des vertraglich vereinbarten Betrages für die Anmietung von Veranstaltungsräumen, die Bereitstellung von Equipment, Material und ähnlichem, sowie 35 % des vertraglich vereinbarten Betrages für Speisen und Getränke.
Bei einem Rücktritt unter 2 Wochen vor Veranstaltung beträgt die Rücktrittspauschale 100 % des vereinbarten Betrages für die Anmietung des Saales, die Bereitstellung von Equipment, Material und ähnlichem, sowie 70 % des vertraglich vereinbarten Betrages für Speisen und Getränke. Der Betrag für Speisen und Getränke berechnet sich nach der Anzahl der vertraglich vereinbarten Teilnehmerzahl. Soweit noch kein Betrag für Speisen und Getränke vereinbart war, wird für die Pauschale das preislich niedrigste Menü oder Buffet des jeweils günstigsten Veranstaltungsangebotes zugrunde gelegt.
2. Getränke, die auf Kommissionsbasis geliefert werden, werden nur dann zurückgenommen, wenn die Verpackungseinheiten nicht angebrochen oder beschädigt sind.
3. Dem Vertragspartner steht der Nachweis frei, daß dem Bürgershof kein Schaden entstanden, oder der dem Bürgershof entstandene Schaden niedriger als die geforderte Entschädigungspauschale ist.

VI. Änderungen der Teilnehmerzahl und der Veranstaltungszeit

1. Der Vertragspartner ist verpflichtet, dem Bürgershof gegenüber bei der Bestellung die voraussichtliche Teilnehmerzahl anzugeben. Die endgültige Zahl der Teilnehmer muß dem Bürgershof spätestens fünf Werktage vor dem Termin schriftlich mitgeteilt werden, um eine sorgfältige Vorbereitung zu sichern. Eine Änderung der Teilnehmerzahl um mehr als 5 % bedarf der Zustimmung des Bürgershofs.
2. Bei der Berechnung für Leistungen, die der Bürgershof nach Anzahl der gemeldeten Personen vornimmt (wie z.B. Speisen, Getränke, Material, usw.), wird bei einer Erhöhung der gemeldeten und vertraglich vereinbarten Teilnehmerzahl die tatsächliche Zahl der Personen

berechnet. Im Falle einer Reduzierung der vertraglich vereinbarten Teilnehmerzahl um mehr als 5 % ist der Bürgershof berechtigt, die vertraglich vereinbarte Teilnehmerzahl abzüglich 5 % abzurechnen.

3. Bei Reduzierung der Teilnehmerzahl um mehr als 10 % ist der Bürgershof berechtigt, die vereinbarten Preise angemessen zu erhöhen.
4. Dem Vertragspartner steht der Nachweis frei, daß der Bürgershof einen höheren Anteil an ersparten Aufwendungen hat.

VII. Vermietung von Veranstaltungsräumen und sonstigen Gegenständen

1. Der Mietgegenstand darf nicht ohne Zustimmung des Bürgershofs zweckentfremdet, verändert oder untervermietet werden.
2. Der Vertragspartner hat sich von dem ordnungsgemäßen Zustand des Veranstaltungsortes vor Inbetriebnahme selbst zu überzeugen. Eventuelle Beanstandungen sind durch den Vertragspartner sofort anzubringen. Spätere Mängel können somit nicht mehr vorgebracht werden.
3. Der Veranstaltungsort wird nach Rücknahme vom Bürgershof überprüft. Bei Schäden, die nicht auf normale Abnutzung zurückzuführen oder Verschmutzungen, die nicht durch einfaches Abkehren oder Abreiben zu beseitigen sind, ist der Vertragspartner verpflichtet, die Kosten für die Beseitigung zu tragen.
4. Alle zur Durchführung des Auftrages erforderlichen und durch den Bürgershof gelieferten Gegenstände und Materialien, sind und bleiben Eigentum des Bürgershofs und müssen unverzüglich nach Veranstaltungsende zurückgegeben werden.
5. Eventuellen Bruch oder Verlust von Material stellt der Bürgershof dem Vertragspartner zum Wiederbeschaffungswert in Rechnung.

VIII. Technische Einrichtungen und Anschlüsse

1. Soweit der Bürgershof für den Vertragspartner auf dessen Veranlassung technische und sonstige Einrichtungen von Dritten beschafft, handelt er im Namen, in Vollmacht und für Rechnung des Vertragspartners. Der Vertragspartner haftet für die pflegliche Behandlung und die ordnungsgemäße Rückgabe. Er stellt den Bürgershof von allen Ansprüchen Dritter aus der Überlassung dieser Einrichtungen frei.
2. Störungen an vom Bürgershof zur Verfügung gestellten technischen oder sonstigen Einrichtungen werden nach Möglichkeit sofort beseitigt. Zahlung können nicht zurückbehalten oder gemindert werden, soweit der Bürgershof diese Störungen zu vertreten hat.
3. Der Vertragspartner wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im Rahmen von ihm selbst arrangierter Musikdarbietungen und Beschallung die entsprechenden Meldungen und Abrechnungen von ihm selbst mit der GEMA vorzunehmen sind.

IX. Haftung des Veranstalters für Schäden

1. Der Vertragspartner haftet für Schäden an Mietobjekten oder Inventar, die durch Veranstaltungsteilnehmer, bzw. –Besucher, Mitarbeiter, sonstige Dritte aus seinem Bereich oder ihn selbst verursacht werden.
2. Der Bürgershof kann vom Vertragspartner die Stellung angemessener Sicherheiten (z.B. Versicherungen, Kautionen, Bürgschaften) verlangen.

X. Haftung des Bürgershofs

1. Der Bürgershof haften nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Dies gilt insbesondere im Falle der Verletzung vertraglicher Nebenpflichten, der Haftung für Mangelfolgeschäden, der Haftung für Mangelschäden, des Schadensersatzes wegen Nichterfüllung, der Verletzung von Pflichten bei Vertragsabschluß oder der unerlaubten Handlung. Ebenso haftet der Bürgershof bei Verzug, bei anfänglichem Unvermögen und nachträglicher Unmöglichkeit nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für Vertragspflichten, die unverzichtbar sind, um das Vertragsziel zu erreichen (Kardinalspflichten), haftet der Bürgershof jedoch auch bei leichter Fahrlässigkeit. Für das Fehlen zugesicherter Eigenschaften haftet der Bürgershof nach den gesetzlichen Bestimmungen.
2. Haftet der Bürgershof, so ist ihre Haftung auf Schäden begrenzt. Weiter ist stets die Haftung des Bürgershofs für Folgeschäden oder mittelbare Schäden ausgeschlossen. Darüber hinaus ist - mit Ausnahme der Haftung für die Kardinalspflichten – die Haftung des Bürgershofs für jeden Schadensfall im einzelnen und alle Schadensfälle aus und im Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen auf einen Betrag von max. 1 Mio. € für Personen- und Sachschäden und auf max. 50.000,00 € für Vermögensschäden begrenzt. Die Haftungsbegrenzungen und –ausschlüsse gelten nicht, falls die gesetzlichen Vertreter oder leitenden Angestellten des Bürgershofs Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zu vertreten haben.
3. Die vorstehenden Haftungsausschlüsse und –beschränkungen gelten in gleicher Weise zugunsten aller Unternehmen des Bürgershofs und der Subunternehmen und Erfüllungsgehilfen.
4. Für alle Ansprüche des Vertragspartners beträgt die Verjährung grundsätzlich Monate.

XI. Schlußbestimmungen

1. Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages, der Antragsannahme oder dieser Geschäftsbedingungen für Veranstaltungen sollen schriftlich erfolgen. Einseitige Änderungen oder Ergänzungen durch die Vertragspartner sind unwirksam.
2. Erfüllung- und Zahlungsort ist Potsdam.
3. Ausschließlicher Gerichtsstand – auch für Scheck- und Wechselstreitigkeiten – ist im kaufmännischen Verkehr das Amtsgericht Potsdam..
4. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland
5. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Veranstaltungen unwirksam oder nichtig sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Im übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften.